



September 2011

Zusammenfassung der Vernehmlassungen zum Entwurf vom 20. September 2010 der Verordnung über die elektronische öffentliche Beurkundung (VeöB)

INHALTSVERZEICHNIS

1. ALLGEMEINES	3
2. VERZEICHNIS DER EINGABEN.....	3
3. ALLGEMEINE BEURTEILUNG DES ENTWURFS.....	3
3.1. ZUSTIMMUNG	3
3.2. ABLEHNUNG	3
3.3. ZEITPUNKT DES INKRAFTTRETENS	4
3.4. VERORDNUNGSTITEL UND TERMINOLOGIE.....	4
4. EINZELNE BESTIMMUNGEN DES ENTWURFS	4
4.1. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN	4
4.1.1. <i>Gegenstand und Zweck (Art. 1)</i>	4
4.1.2. <i>Öffentliche Urkunde (Art. 2)</i>	4
4.1.3. <i>Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden (Art. 3)</i>	5
4.1.4. <i>Internationale Kompatibilität (Art. 5)</i>	5
4.2. SCHWEIZERISCHES REGISTER DER URKUNDSPERSONEN	6
4.2.1. <i>Bereitstellung des Registers (Art. 6)</i>	6
4.2.2. <i>Führung des Registers durch die Kantone (Art. 7)</i>	6
4.2.3. <i>Eintragungen durch die Anbieterinnen von Zertifizierungsdiensten (Art. 8)</i>	6
4.2.4. <i>Inhalt des Registers (Art. 9)</i>	7
4.2.5. <i>Wirkung des Registers (Art. 10)</i>	7
4.3. BERUFSZERTIFIKAT FÜR URKUNDSPERSONEN.....	7
4.3.1. <i>Erteilung und Inhalt des Berufszertifikats (Art. 11)</i>	7
4.3.2. <i>Ungültigerklärung von Berufszertifikaten (Art. 12)</i>	7
4.3.3. <i>Sorgfaltspflicht der Urkundspersonen (Art. 13)</i>	7
4.4. VERFAHREN FÜR AUSFERTIGUNGEN UND BEGLAUBIGUNGEN	8
4.4.1. <i>Elektronische Ausfertigung einer Urschrift (Art. 14)</i>	8
4.4.2. <i>Beglaubigter Papierausdruck eines elektronischen Dokuments (Art. 16)</i>	8

4.4.3. Elektronische Beglaubigung einer eigenhändigen Unterschrift auf einem Papierdokument (Art. 17).....	8
4.5. ÄNDERUNG BISHERIGEN RECHTS	8
4.5.1. Handelsregisterverordnung vom 17. Oktober 2007 (HRegV)	8
4.5.1.1. Beglaubigungen durch das Handelsregisteramt (Art. 15a)	9
4.5.1.2. Anmeldung (Art. 18 Abs. 4)	9
4.5.1.3. Inhalt, Form und Sprache (Art. 20 Abs. 1 ^{bis})	9
4.5.1.4. Ausländische öffentliche Beurkundungen und Beglaubigungen (Art. 25 Abs. 1 und 1 ^{bis}) ...	9
4.5.1.5. Aufbewahrung von Anmeldungen, Belegen und Korrespondenz (Art. 166 Abs. 6 und 7) ..	10

1. Allgemeines

Das Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf der Verordnung über die elektronische öffentliche Beurkundung (fortan: E-VeöB) dauerte vom 20. September 2010 bis zum 30. November 2010.

Zur Teilnahme eingeladen wurden die Grundbuchinspektorate von 15 Kantonen, die Grundbuchaufsichtsbehörde des Kantons Freiburg, die Grundbuchämter von 10 Kantonen, zwei interessierte Verbände, die Konferenz der schweizerischen Handelsregisterbehörden und kantonale Handelsregisterämter sowie alle anerkannten Anbieterinnen von Zertifizierungsdiensten gemäss Bundesgesetz vom 19. Dezember 2003 über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur (Bundesgesetz über die elektronische Signatur; ZertES [SR 943.03]).

Stellung genommen haben die Kantone AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, LU, NE, SO, SG, SH, TG, TI, UR, VD, ZG, ZH. Überdies liessen sich die Konferenz der schweizerischen Handelsregisterbehörden, der SNV, die Swisscom AG sowie die SwissSign AG vernehmen. Eine Stellungnahme haben auch vier nicht offizielle Teilnehmer eingereicht.

Ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet haben demgegenüber die Kantone NW und VS.

2. Verzeichnis der Eingaben

Siehe Anhang.

3. Allgemeine Beurteilung des Entwurfs

3.1. Zustimmung

Eine grosse Mehrheit befürwortet im Wesentlichen die Zielsetzung der Verordnung (AG, BE, BS, FR, SO, SG, SH, TI, ANV, KKVA; SwissSign HEV Schweiz). Es wird die Meinung vertreten, die Einführung der elektronischen Beurkundung und Beglaubigung werde den Geschäftsverkehr vereinfachen (AI, ZG) sowie die Beziehungen zwischen den Notaren und den Grundbuchämtern verbessern (VD).

Begrüsst wird die Vereinheitlichung des elektronischen Geschäftsverkehrs auf nationaler Ebene (SNV), wobei jedoch ein Obligatorium zu dessen Einführung auf kantonaler Ebene vermisst wird (SAV).

Die Verordnung ermöglicht den Handelsregisterämtern, sämtliche Belege in elektronischer Form entgegenzunehmen, wie dies durch die Handelsregisterverordnung vorgegeben wird (HRegV; SR 221.411) (AR, TG).

3.2. Ablehnung

Der Entwurf wird von wenigen Teilnehmenden abgelehnt. Zur Begründung wird im Wesentlichen vorgebracht, es bestehe kein echter Bedarf für elektronische Ausfertigungen öffentlicher Urkunden als Rechtstitel (BL). In Frage gestellt wird überdies, ob die Verordnung tatsächlich eine Vereinfachung oder Verbesserung des Anmeldeverfahrens mit sich bringen werde, weil damit die eigentlichen Probleme – die Mängel hinsichtlich der Qualität und der Vollständigkeit von Anmeldungen – nicht gelöst würden (UR).

Auch wird die Meinung vertreten, im Bereich des Gesellschaftsrechts schiesse die Verordnung über das Ziel hinaus (TG).

Befürchtet wird schliesslich, mit dem Verordnungsentwurf werde ein erster Schritt in Richtung einer eidgenössischen Regelung der öffentlichen Beurkundung gemacht (BL).

3.3. Zeitpunkt des Inkrafttretens

Zugunsten der Planungssicherheit wird zwar eine rasche Verabschiedung durch den Bundesrat als erstrebenswert erachtet (ZH). Hinsichtlich des Inkrafttretens wird jedoch zum Teil der Wunsch geäussert, diesen Zeitpunkt um ein oder zwei Jahre zu verschieben; dies im Interesse einer reibungslosen Umsetzung in den Kantonen (AI, UR, ZG).

3.4. Verordnungstitel und Terminologie

Allgemein zur Terminologie wurde der Wunsch geäussert, technische Begriffe wie «Signatur», «Zertifikat», «Nachweis» oder «Bestätigung» im Erlass zu definieren (SwissSign). Erklärungen zu Begriffen seien für die Praxis sehr wertvoll (AR).

Es wird teilweise bemängelt, dass der Erlassstitel die Vorstellung erweckt, die Verordnung regle den eigentlichen Beurkundungsvorgang. Der Regelungsgegenstand sei hingegen lediglich auf die Erstellung von Ausfertigungen und auf die Beglaubigung begrenzt (Konferenz der schweizerischen Handelsregisterbehörden). Aus diesem Grund wurden auch entsprechende Formulierungsvorschläge unterbreitet: „*Verordnung über die Vornahme von Beglaubigungen und die Herstellung von Ausfertigungen öffentlicher Urkunden auf elektronischem Weg*“ (BL); „*Verordnung über die elektronische öffentliche Beglaubigung*“ (TG) und schliesslich: „*Verordnung über die elektronische öffentliche Urkunde*“ (SO, ZH).

Vorgeschlagen wird auch, im Verordnungstitel sowohl den Begriff der «Beurkundung» als auch denjenigen der «Beglaubigung» zu erwähnen (AI, ZG). Damit könne der Verwendung beider Begriffe als Synonyme entgegengewirkt werden.

4. Einzelne Bestimmungen des Entwurfs

4.1. Allgemeine Bestimmungen

Es wurde auf das Fehlen einer Regelung der Aufbewahrung von elektronisch erstellten Urkunden hingewiesen (SAV).

4.1.1. Gegenstand und Zweck (Art. 1)

Der Entwurf ist – trotz Wortlaut von Artikel 1 Absatz 1 E-VeöB – hinsichtlich der technischen Einzelheiten zu allgemein gehalten, weshalb zu prüfen ist, ob es einer technischen Verordnung zur Konkretisierung der Detailregelungen bedarf (SwissSign).

4.1.2. Öffentliche Urkunde (Art. 2)

Die Meinungen zur Legaldefinition der öffentlichen Urkunde gehen auseinander: Auf der einen Seite wird vertreten, die Definition der öffentlichen Urkunde schliesse eine Lücke in der Gesetzgebung (ANV). Vorgeschlagen wird sodann, die Definition um die prozessrechtlichen Erklärungen zu ergänzen, namentlich durch die Erwähnung der vollstreckbaren öffentlichen Urkunde (ZH).

Auf der anderen Seite wird jedoch auch grundsätzlich in Frage gestellt, ob die Definition der öffentlichen Urkunde Gegenstand der Verordnung über die elektronische öffentliche Beurkundung bilden soll (SO).

4.1.3. Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden (Art. 3)

Hinsichtlich der Einzelheiten zur Erstellung der elektronischen öffentlichen Urkunde äussern sich die Vernehmlassungsteilnehmer zu mehreren Punkten, teils grundsätzlicher, teils redaktioneller Natur:

Zum Einen wird der Regelungsgegenstand von *Absatz 1* als unvollständig erachtet. Darin sollen auch die Begriffe der «Ausfertigung» und der «elektronischen Kopie» enthalten sein. Ein entsprechender Formulierungsvorschlag für den Randtitel lautet folgendermassen: *„Vor- aussetzungen des Formats und der Signatur einer öffentlichen Urkunde, einer Ausfertigung oder einer elektronischen Kopie“* (ANV). Als Ergänzung von Absatz 1 wird vorgeschlagen: *„Die Urkundsperson speichert die Urkunde, die Ausfertigung oder die Kopie in einem aner- kannten elektronischen Format zusammen mit dem Nachweis der Berechtigung zur Beur- kundung und einem anerkannten Zeitstempel mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach ZertES und dieser Verordnung signiert.“* (ANV).

Die im Absatz 2 geregelte Frage der anerkannten Formate, für die gemäss Entwurf das De- partement zuständig sein wird, ist unter Umständen unterschiedlichen kantonalen Gebräuch- lichkeiten unterworfen, weshalb eine Wahlmöglichkeit vorzusehen ist (SNV).

Die Ausgabe von Berufszertifikaten im Sinne von Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe a E-VeöB sei international ein Auslaufmodell, wohingegen das System der Zulassungszertifikate nach Massgabe von Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe b E-VeöB bedeutend höhere Rechtssicherheit biete. Es wird deshalb empfohlen, das Zulassungszertifikat vorzuziehen (SwissSign) bzw. als einzige Lösung verbindlich anzuordnen, wenigstens jedoch für die freiberuflich tätigen Nota- riate (SNV). In terminologischer Hinsicht wird empfohlen, den Begriff des «Zulassungszertifi- kats» mit demjenigen der «Zulassungsbestätigung» oder der «Zulassungssignatur» zu erset- zen (SwissSign).

Zum Teil werden Berufszertifikate bzw. -attribute für Urkundspersonen auch ganz allgemein als unnötig, teuer und kompliziert empfunden (TG).

Die im Absatz 4 den Kantonen gewährte Ausgestaltungsfreiheit ist zu Gunsten einer einheit- lichen Regelung einzuschränken. Begründet wird dieser Vorschlag zum Einen mit der anzu- strebenden Reduktion von Komplexität bei der Validierung der Urkunden bzw. mit der so eher zu erreichenden Klarheit der Beweiskraft der Berechtigung (SwissSign). Zum Anderen wird grundsätzlich die Notwendigkeit einer kantonalen Kompetenz auf diesem Gebiet in Fra- ge gestellt. Eine Bundeslösung scheint nämlich im Hinblick auf den interkantonalen und in- ternationalen Geschäftsverkehr unabdingbar zu sein (SAV).

4.1.4. Internationale Kompatibilität (Art. 5)

Unklarheit herrscht bezüglich der Bedeutung des Begriffs der «vergleichbaren Sicherheit» bzw. hinsichtlich der Frage, wer nach welchen Kriterien darüber zu befinden hat (UR, ZG), weshalb dieser Begriff als definitionsbedürftig eingestuft wird.

Eine Abweichung von der Verordnung zu Gunsten ausländischer Anforderungen soll in An- lehnung an Artikel 11 Absatz 3 IPRG (SR 291) nur ermöglicht werden, wenn eine nach schweizerischem Recht errichtete Urkunde im Ausland nicht anerkannt wird, und deshalb ein schützenswerter Rechtsanspruch dort nicht durchgesetzt werden kann (SO).

4.2. Schweizerisches Register der Urkundspersonen

4.2.1. Bereitstellung des Registers (Art. 6)

Zur Frage der Bereitstellung des Registers gehen die Meinungen der Vernehmlassungsteilnehmer deutlich auseinander. Die Befürworter eines Registers sind hinsichtlich der Trägerschaft geteilter Meinung.

Als unklar empfunden wird, ob die Trägerschaft von einer öffentlichen oder von einer privaten Organisation übernommen wird bzw. wie die Aufsicht geregelt ist (ZG). Sodann sei es unnötig, dass Artikel 6 Absatz 1 E-VeöB von vornherein davon ausgeht, der Betreiber müsse ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung stehen (SwissSign).

Die Ausgliederung einer öffentlich-rechtlichen Aufgabe an eine Organisation ist gerade für Immobilieneigentümer als Konsumenten keine ideale Variante (HEV Schweiz).

Dem Bund sollte deshalb mindestens die Möglichkeit offen stehen, das Register selber zu betreiben, weshalb eine «Kann-Vorschrift» vorteilhafter wäre (HEV Schweiz) – oder aber es sollte das Register gleich selber führen (FR). Der Wortlaut lässt schliesslich die Frage offen, ob nur eines oder mehrere Register vorgesehen sind (SwissSign).

Für den Fall einer privaten Trägerschaft wird vorgeschlagen, eine Regelung zur Haftung des Registerbetreibers bzw. eine Pflicht zur Leistung von Sicherheiten zu Gunsten von Anspruchsberechtigten vorzusehen (ZH).

Die Einführung eines neuen Registers der Urkundspersonen findet jedoch auch Gegner (BL). Es wird als nicht notwendig erachtet (TG). Die Kantone können im Übrigen mangels gesetzlicher Grundlage nicht in einer Verordnung verpflichtet werden, ihre Urkundspersonen in einem Register einzutragen (SG).

4.2.2. Führung des Registers durch die Kantone (Art. 7)

Es sollen alle Personen, welche öffentliche Urkunden nach Massgabe des kantonalen Rechts errichten dürfen, in das Register aufgenommen werden (KKVA), namentlich auch die Geometer (FR, GE). Eine Öffnung des Registers für alle Urkundspersonen – wenn auch mit Übergangsfristen – erscheint auch deshalb sinnvoll zu sein, weil ein Bedürfnis zur Prüfung der Berechtigung der Urkundsperson auch für den Fall einer herkömmlich erstellten Urkunde durchaus denkbar ist (SwissSign). Letztlich dürften in Zukunft vermehrt Urkunden im internationalen Verkehr verwendet werden, dies lässt ein vollständiges, alle Urkundspersonen enthaltendes Register sogar als unabdingbar erscheinen (SAV).

Unklar ist, ob es für die Nachführung des Registers rechtliche bzw. technische Mindestanforderungen geben wird, welche künftig vom Bund überprüft werden (UR).

Der Begriff der „Unverzüglichkeit“ ist durch eine exakte zeitliche Angabe zu ersetzen, und es sind die Folgen einer Handlung durch eine nicht (mehr) berechtigte Person zu regeln (ZG).

4.2.3. Eintragungen durch die Anbieterinnen von Zertifizierungsdiensten (Art. 8)

Die Information an das Register über die Ungültigkeit eines Zertifikats hat keinerlei Bezug zur Gültigkeit des Berufsattributes; eine Verknüpfung der Ungültigkeitserklärung des Zertifikats mit dem Berufsattribut ist daher nur bedingt sinnvoll (SwissSign).

4.2.4. Inhalt des Registers (Art. 9)

Die Registrierung von sämtlichen persönlichen Daten der Urkundspersonen ist für deren Identifizierbarkeit nicht notwendig, und Zweifel an der Identität einer Urkundsperson kann es keine geben, weil die Kantone für die Führung des Registers zuständig sind (TG). Es ist kein sachlicher Grund ersichtlich, Angaben wie Geburtsdatum, Geburts- bzw. Bürgerort sowie Nationalität in einem öffentlichen Register einzutragen (AR, ZG). Die Daten des Wegfalls der Berechtigung bzw. des Widerrufs eines Berufszertifikats könnte für die betreffende Urkundsperson ruf- bzw. geschäftsschädigend sein (ZG). Auch die Publikation der Zertifikate im Register ist nicht nötig, weil sie in der Unterschrift enthalten sind (SwissSign).

Es wird beantragt, in Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe d E VeöB ausschliesslich die Eintragung der Unternehmens- Identifikationsnummer UID vorzusehen, weil die kantonale Nummer durch diese ab dem 1. Januar 2011 abgelöst werden soll (ZG).

4.2.5. Wirkung des Registers (Art. 10)

Unklar ist, welcher Art die erforderlichen Belege sind, ob diese durch den Zertifikatsantragsteller erbracht werden, und ob die Anbieterin von Zertifizierungsdiensten diese Belege beim Register selber einholen soll (SwissSign).

4.3. Berufszertifikat für Urkundspersonen

4.3.1. Erteilung und Inhalt des Berufszertifikats (Art. 11)

Die Bezeichnung Urkundsperson bzw. *Civil Law Notary* treffen nicht auf sämtliche Mitarbeiter von Ämtern zu, die zur Errichtung öffentlicher Urkunden ermächtigt sind (TG).

Es wird davon ausgegangen, dass die Bezeichnung *Civil Law Notary* auch für die gemeindlichen Amtsnotariate gelten wird (ZG).

Die Notwendigkeit der Prüfung ist in der Verordnung genauer zu definieren: Einerseits muss der Inhalt der vorgelegten amtlichen Dokumente mit den Daten gemäss Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a E-VeöB übereinstimmen, andererseits darf die Gültigkeit des ausgegebenen Zertifikats das Datum gemäss Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe f E-VeöB nicht überschreiten (swisscom).

Es ist nicht klar, ob den Anbietern eines Berufszertifikats in dieser Bestimmung Anforderungen gestellt werden, die über das ZertES hinaus gehen. Sie sollte auf die Verordnung des BAKOM über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur (SR 943.032.1) verweisen, weil dort die Details der Speicherung der Berufszertifikate geregelt werden (SwissSign).

4.3.2. Ungültigerklärung von Berufszertifikaten (Art. 12)

Das Register sollte verpflichtet werden, die Ungültigerklärung zu fordern. Damit kann garantiert werden, dass das Register und die Anbieterin von Zertifizierungsdiensten zeitnahe synchronisiert sind (SwissSign).

4.3.3. Sorgfaltspflicht der Urkundspersonen (Art. 13)

Gewünscht werden detaillierte Anweisungen zur Auffindbarkeit und zur Kompatibilität der notwendigen technischen Instrumente (TI).

Es ist heute keine Technologie bekannt, welche das Mitlesen einer persönlichen Geheimzahl (personal identification number; PIN) unter allen Umständen verhindert; es stehen nur Technologien zur Verfügung, welche dies erschweren (z. B. Klasse 2 Reader) (SwissSign).

4.4. Verfahren für Ausfertigungen und Beglaubigungen

Zur Bezeichnung der elektronischen Urkunde ist der Begriff der «Ausfertigung» nicht geeignet, er soll durch denjenigen der «Kopie» ersetzt werden (AG).

Die elektronische Beglaubigung eines bereits vor dem Inkrafttreten der Verordnung elektronisch beglaubigten Dokuments ist ebenfalls zu regeln (BE).

4.4.1. Elektronische Ausfertigung einer Urschrift (Art. 14)

Die Attribute wie Band und Prägung, die in einigen Kantonen Gültigkeitsvoraussetzung sind, lassen sich in einer elektronischen Kopie nur unvollständig abbilden, weshalb unklar ist, ob in diesen Fällen durch die vorgeschlagene Regelung eine Lücke entstehen könnte (SG).

Weiter ist unklar, wie Beilagen in grossen Formaten und solchen, die an eine andere Stelle weiterzuleiten sind, zu behandeln sind (UR).

Die Verordnung muss offen formuliert sein, sodass den Kantonen die Möglichkeit gewährt wird, ein eigenes elektronisches Beurkundungsverfahren einzuführen (SG).

Es bedarf einer Anpassung der Bestimmung für den Fall, dass eine Urschrift in Papierform nicht existiert, und deshalb auch nicht eingelesen werden kann. Dieser Fall kann eintreten, wenn einzelne Kantone eine eigentliche elektronische Beurkundung vorsehen (ZH, Konferenz der schweizerischen Handelsregisterbehörden).

4.4.2. Beglaubigter Papiaerausdruck eines elektronischen Dokuments (Art. 16)

Der Urkundsperson wird es in aller Regel nicht möglich sein, die Integrität des zu beglaubigenden Dokuments wirkungsvoll zu prüfen; der Begriff der Integrität soll erklärt werden (AR).

4.4.3. Elektronische Beglaubigung einer eigenhändigen Unterschrift auf einem Papierdokument (Art. 17)

Eine Regelung für den Fall, dass eine Person nicht unterschreiben kann (z. B. Blinde) fehlt.

Steht dessen Echtheit ausser Zweifel, sollte die Anerkennung der Unterschrift auch auf andere Weise möglich sein (z. B. telefonisch) (SO, TI). Es wird deshalb folgende Formulierung vorgeschlagen: *„Die Urkundsperson fügt dem elektronischen Dokument die Bestätigung bei, dass die Unterschrift bzw. das Handzeichen auf dem Papierdokument vom Unterzeichner in Anwesenheit der Urkundsperson eigenhändig geschrieben bzw. von diesem als eigene Unterschrift bzw. Handzeichen anerkannt wurde oder dass die Echtheit der Unterschrift ausser Zweifel steht.“* (SO).

4.5. Änderung bisherigen Rechts

4.5.1. Handelsregisterverordnung vom 17. Oktober 2007 (HRegV)

Grundsätzlich fehlen in den vorgesehenen Änderungen der Handelsregisterverordnung Bestimmungen zum elektronischen Geschäftsverkehr mit dem Handelsregisteramt; eine entsprechende Ergänzung ist notwendig (AG).

4.5.1.1. Beglaubigungen durch das Handelsregisteramt (Art. 15a)

Der Begriff des «Handelsregisterdokuments» stimmt nicht mit der in der Handelsregisterverordnung verwendeten Terminologie der «Anmeldungen und Belege» überein (SG), es wäre deshalb wünschenswert, wenn an geeigneter Stelle verdeutlicht wird, dass es sich um einen neuen Oberbegriff handelt (ZH, Konferenz der schweizerischen Handelsregisterbehörden).

Der Verweis auf Artikel 15 E-VeöB, der die elektronische Beurkundung durch eine Urkundsperson nach Artikel 11 E-VeöB vorsieht, ist für das Handelsregister unnötig einschränkend, weil nicht alle Mitarbeiter notwendigerweise Urkundspersonen sind. Deshalb ist der zweite Satz zu streichen, und dafür der dritte Satz des Entwurfs in etwa wie folgt zu fassen: *„Diese elektronischen Kopien müssen mit einem qualifizierten Zertifikat gemäss Artikel 7 ZertES unterzeichnet sein, welches ein Berufsattribut enthält, das die unterzeichnende Person als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter eines bestimmten kantonalen Handelsregisteramts ausweist“*. (TG).

Im Artikel 15a Buchstabe e sollte auf die analoge Anwendung von Artikel 17 E VeöB hingewiesen werden (ZH, Konferenz der schweizerischen Handelsregisterbehörden).

4.5.1.2. Anmeldung (Art. 18 Abs. 4)

Es kann nicht von einer eigentlichen Unterschriftenbeglaubigung gesprochen werden, weil die Anbieter der elektronischen Dienstleistungen nicht Urkundspersonen sein müssen: Hier drängt sich eine Klarstellung auf (AI).

Im Hinblick auf die Verwendung einer einheitlichen Terminologie sollte in dieser Bestimmung von „eingelese“ statt von „elektronisch erfasst“ gesprochen werden (ZH, Konferenz der schweizerischen Handelsregisterbehörden).

Zur Sicherstellung der Nachvollziehbarkeit sollte die elektronische Anmeldung auch einen Zeitstempel enthalten (swisscom).

4.5.1.3. Inhalt, Form und Sprache (Art. 20 Abs. 1^{bis})

Ein Unterschied zwischen elektronischer öffentlicher Urkunde und elektronisch beglaubigter Ausfertigung einer öffentlichen Urkunde ist im jetzigen System, das eine papierene Urschrift verlangt, nicht ersichtlich (ZH, Konferenz der schweizerischen Handelsregisterbehörden).

4.5.1.4. Ausländische öffentliche Beurkundungen und Beglaubigungen (Art. 25 Abs. 1 und 1^{bis})

Im Hinblick auf die Frage was und wie die Handelsregisterämter bezüglich der nach ausländischem Recht anerkannten Anbieterin von Zertifizierungsdiensten prüfen müssen, wird eine analoge Regelung von Artikel 42 bis 48 gemäss Entwurf zur totalrevidierten Grundbuchverordnung vom 20. September 2011 empfohlen (ZH, Konferenz der schweizerischen Handelsregisterbehörden) bzw. eine Auflistung der entsprechenden Zertifizierungsdiensten gewünscht (SG).

4.5.1.5. Aufbewahrung von Anmeldungen, Belegen und Korrespondenz (Art. 166 Abs. 6 und 7)

Die Pflicht, elektronische eingereichte Anmeldungen, Belege und Korrespondenz elektronisch aufzubewahren, ist nicht notwendig: Von den Unterlagen können auch beglaubigte Papiausdrucke erstellt und im Papierarchiv abgelegt werden (TG).

Die Möglichkeit, Papierdokumente zu vernichten, wird ausdrücklich begrüsst. Zum Einen ist sie ein echter Schritt in Richtung des vollständig elektronischen Archivs, zum Anderen ist sie für die Effizienz eines kleinen Handelsregisteramtes von grosser Bedeutung (TG).

Es ist in Übergangsbestimmungen zu regeln, dass Ämter, die schon vor Inkrafttreten der Verordnung Dokumente elektronisch erfasst haben, ohne elektronische Beglaubigung befugt sind, Papierdokumente zu vernichten (TG).

Verzeichnis der Eingaben

Liste des organismes ayant répondu

Elenco die partecipanti

Kantone / Cantons / Cantoni

AG	Aargau / Argovie / Argovia
AI	Appenzell Innerrhoden / Appenzell Rh.- Int. / Appenzello Interno
AR	Appenzell Ausserrhoden / Appenzell Rh.-Ext. / Appenzello Esterno
BE	Bern / Berne / Berna
BL	Basel-Landschaft / Bâle-Campagne / Basilea-Campagna
BS	Basel-Stadt / Bâle-Ville / Basilea-Città
FR	Freiburg / Fribourg / Friburgo
GE	Genf / Genève / Ginevra
GL	Glarus / Glaris / Glarona
GR	Graubünden / Grisons / Grigioni
JU	Jura / Giura
LU	Luzern / Lucerne / Lucerna
NE	Neuenburg / Neuchâtel
NW	Nidwalden / Nidwald / Nidvaldo
OW	Obwalden / Obwald / Obvaldo
SG	St. Gallen / Saint-Gall / San Gallo
SH	Schaffhausen / Schaffhouse / Sciaffusa
SO	Solothurn / Soleure / Soletta
SZ	Schwyz / Svitto
TG	Thurgau / Thurgovie / Turgovia
TI	Tessin / Ticino
UR	Uri
VD	Waadt / Vaud
VS	Wallis / Valais / Vallese
ZG	Zug / Zoug / Zugo
ZH	Zürich / Zurich / Zurigo

Interessierte Organisationen / Organisations intéressées / Organizzazioni interessate

SNV / FSN	Schweizerischer Notarenverband / Fédération Suisse des Notaires / Federazione Svizzera dei Notai
VSGV / SSCRf / SSURF	Verband Schweizerischer Grundbuchverwalter / Société Suisse des Conservateurs du Registre Foncier / Società Svizzera degli Ufficiali del Registro Fondiario Konferenz der Schweizerischen Handelsregisterbehörden / Conférence des autorités suisses du registre du commerce / Conferenza delle autorità svizzere del registro di commercio

Anbieterinnen von Zertifizierungsdiensten / Fournisseurs de services de certification / Prestatori di servizi di certificazione

swisscom	Swisscom (Schweiz) AG, ICT Security Consulting
SwissSign	SwissSign AG
QuoVadis	QuoVadis Trustlink Schweiz AG

Nicht offizielle Vernehmlassungsteilnehmer / Participants à la consultation non officiels / Partecipanti alla consultazione non ufficiali

ANV	Association des notaires vaudois
HEV Schweiz	Hauseigentümerverband Schweiz
KKVA / CSCC	Konferenz der kantonalen Vermessungsämter / Conférence des Services Cantonaux du Cadastre / Conferenza dei servizi cantonali del catasto
SAV / FSA	Schweizerischer Anwaltsverband / Fédération Suisse des Avocats / Federazione Svizzera degli Avvocati



Septembre 2011

Résumé des réponses concernant le projet d'ordonnance sur l'acte authentique électronique du 20 septembre 2010 (OAAE)

TABLE DES MATIÈRES

1. GÉNÉRALITÉS	3
2. LISTE DES ORGANISMES AYANT RÉPONDU.....	3
3. APPRÉCIATION GÉNÉRALE DE LA CONSULTATION	3
3.1. APPROBATION	3
3.2. REJET	3
3.3. MOMENT DE L'ENTRÉE EN VIGUEUR.....	4
3.4. TITRE DE L'ORDONNANCE ET TERMINOLOGIE	4
4. DISPOSITIONS PARTICULIÈRES DU PROJET	4
4.1. DISPOSITIONS GÉNÉRALES	4
4.1.1. <i>Objet et but (art. 1)</i>	4
4.1.2. <i>Acte authentique (art. 2)</i>	4
4.1.3. <i>Instrumentation d'un acte authentique électronique (art. 3)</i>	5
4.1.4. <i>Compatibilité internationale (art. 5)</i>	5
4.2. REGISTRE SUISSE DES OFFICIERS PUBLICS HABILITÉS À DRESSER DES ACTES AUTHENTIQUES.....	5
4.2.1. <i>Mise à disposition du registre (art. 6)</i>	5
4.2.2. <i>Tenue du registre par les cantons (art. 7)</i>	6
4.2.3. <i>Inscriptions par des fournisseurs de services de certification (art. 8)</i>	6
4.2.4. <i>Contenu du registre (art. 9)</i>	6
4.2.5. <i>Effets du registre (art. 10)</i>	7
4.3. CERTIFICAT PROFESSIONNEL DESTINÉ AUX OFFICIERS PUBLICS	7
4.3.1. <i>Délivrance et contenu du certificat professionnel (art. 11)</i>	7
4.3.2. <i>Annulation des certificats professionnels (art. 12)</i>	7
4.3.3. <i>Devoir de diligence des officiers publics (art. 13)</i>	7
4.4. PROCÉDURE EN MATIÈRE D'EXPÉDITIONS ET DE LÉGALISATIONS	8
4.4.1. <i>Expédition électronique d'une minute (art. 14)</i>	8
4.4.2. <i>Vidimation d'un tirage imprimé d'un document électronique (art. 16)</i>	8

Le présent résumé, dans lequel les réponses envoyées sont succinctement évoquées, n'a pas la prétention d'être exhaustif.

4.4.3. <i>Légalisation électronique d'une signature manuscrite sur un document sur papier</i> (art. 17)	8
4.5. MODIFICATION DU DROIT EN VIGUEUR	8
4.5.1. Ordonnance du 17 octobre 2007 sur le registre du commerce (ORC)	8
4.5.1.1. Légalisations par l'office du registre du commerce (art. 15a)	9
4.5.1.2. Réquisition (art. 18, al. 4)	9
4.5.1.3. Contenu, forme et langue (art. 20, al. 1 ^{bis})	9
4.5.1.4. Actes authentiques et légalisations établis à l'étranger (art. 25, al. 1, et 1 ^{bis})	9
4.5.1.5. Conservation des réquisitions, des pièces justificatives et de la correspondance (art. 166, al. 6 et 7)	9

1. Généralités

L'audition relative à l'ordonnance sur l'acte authentique électronique (ci-après: OAAE) s'est déroulée du 20 septembre 2010 au 30 novembre 2010.

Une invitation a été envoyée aux inspectorats du registre foncier de quinze cantons, à l'autorité de surveillance du canton de Fribourg, aux offices du registre foncier de dix cantons, à deux associations concernées, à la Conférence des autorités suisses du registre du commerce, aux offices cantonaux du registre du commerce ainsi qu'à tous les fournisseurs reconnus de services de certification selon la loi fédérale du 19 décembre 2003 sur les services de certification dans le domaine de la signature électronique (loi fédérale sur la signature électronique; SCSE [RS 943.03]).

Les cantons d'AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, LU, NE, SO, SG, SH, TG, TI, UR, VD, ZG, ZH ont envoyé une réponse. La Conférence des autorités suisses du registre du commerce, la FSN, Swisscom SA de même que SwissSign SA ont également donné leur avis. Quatre participants non officiels ont également pris part à l'audition.

A l'inverse, les cantons de NW et du VS ont expressément renoncé à prendre position.

2. Liste des organismes ayant répondu

Voir l'annexe.

3. Appréciation générale de la consultation

3.1. Approbation

Une grande majorité des participants approuve pour l'essentiel les objectifs de l'ordonnance (AG, BE, BS, FR, SO, SG, SH, TI, ANV, CSCC, SwissSign, HEV Schweiz). Ainsi, l'introduction de l'acte authentique et de la légalisation électroniques devrait simplifier le commerce (AI, ZG) et améliorer les relations entre les notaires et les offices du registre foncier (VD).

L'unification des communications et des transactions électroniques au niveau national est approuvée (FSN), l'absence de l'obligation de l'introduire au niveau cantonal est en revanche regrettée (FSA).

L'ordonnance permet aux offices du registre du commerce de recevoir toutes les pièces justificatives sous forme électronique, comme cela est prescrit dans l'ordonnance sur le registre du commerce (ORC; RS 221.411) (AR, TG).

3.2. Rejet

Quelques participants rejettent le projet. Ils estiment, pour l'essentiel, que des expéditions électroniques d'actes authentiques en tant que titres ne sont pas vraiment nécessaires (BL). Ils estiment, en outre, douteux que l'ordonnance apporte, dans les faits, une simplification ou une amélioration de la procédure de requête, car elle ne résout pas les problèmes de fond, soit la qualité déficiente et l'inintelligibilité des réquisitions (UR).

Dans le domaine du droit des sociétés, l'ordonnance manque sa cible (TG).

Enfin, on craint qu'un premier pas soit fait en direction d'une réglementation fédérale de l'acte authentique (BL).

3.3. Moment de l'entrée en vigueur

Pour garantir la sécurité de la planification, le Conseil fédéral est prié d'adopter l'ordonnance rapidement (ZH). Par contre, son entrée en vigueur devrait être reportée d'une année ou deux afin de permettre une mise en oeuvre sans accroc dans les cantons (AI, UR, ZG).

3.4. Titre de l'ordonnance et terminologie

S'agissant de la terminologie de façon générale, le souhait est exprimé que les termes techniques telles que «signature», «certificat», «preuve» ou «attestation» soient définis dans l'acte (SwissSign). Des explications relatives aux notions sont très précieuses pour la pratique (AR).

Certains participants regrettent que le titre de l'acte donne l'impression que l'ordonnance règle la procédure d'instrumentation de l'acte authentique proprement dite, alors que l'objet de la réglementation est uniquement limité à l'établissement des expéditions et des légalisations (Conférence des autorités suisses du registre du commerce). Pour cette raison, ils proposent les formulations suivantes: „*Verordnung über die Vornahme von Beglaubigungen und die Herstellung von Ausfertigungen öffentlicher Urkunden auf elektronischem Weg*“ (trad.: „Ordonnance sur l'établissement des légalisations et l'instrumentation d'expéditions d'actes authentiques par voie électronique“) (BL); „*Verordnung über die elektronische öffentliche Beglaubigung*“ (trad.: „Ordonnance sur la légalisation publique électronique“) (TG) ou encore: „*Verordnung über die elektronische öffentliche Urkunde*“ (trad.: „Ordonnance sur le titre authentique électronique“) (SO, ZH).

Il est également proposé que l'on évoque dans le titre de l'ordonnance tant le terme «acte authentique» que celui de «légalisation» (AI, ZG). Cela éviterait ainsi l'emploi de ces deux termes comme synonymes.

4. Dispositions particulières du projet

4.1. Dispositions générales

L'attention est attirée sur l'absence d'une réglementation relative à la conservation des actes dressés électroniquement (FSA).

4.1.1. Objet et but (art. 1)

Malgré le libellé de l'article 1, alinéa 1, P-OAAE, le projet est trop général s'agissant des détails techniques; il convient pour cette raison d'examiner si une ordonnance technique pour concrétiser ces détails ne serait pas nécessaire (SwissSign).

4.1.2. Acte authentique (art. 2)

Il y a divergence sur la définition légale de l'acte authentique: pour certains, la définition de l'acte authentique comble une lacune de la législation (ANV). Il est donc proposé de compléter la définition dans le domaine des effets procéduraux, en évoquant en particulier le titre authentique exécutoire (ZH).

Pour d'autres, on se demande si la définition de l'acte authentique électronique doit être traitée dans l'ordonnance sur l'acte authentique électronique (SO).

4.1.3. Instrumentation d'un acte authentique électronique (art. 3)

S'agissant des détails de l'instrumentation d'un acte authentique, les participants à l'audition se sont exprimés sur plusieurs points, soit sur des questions de principe, soit sur des problèmes de nature rédactionnelle:

Pour certains, l'objet de la réglementation à l'*alinéa 1* est incomplet. Celui-ci devrait également comprendre les termes «expédition» et «copie électronique». Ils proposent la formulation suivante pour le titre marginal: *„Conditions de format et de signature d'un acte authentique, d'une expédition ou d'une copie électroniques“* (ANV). Ils proposent également de compléter l'*alinéa 1* de la manière suivante: *„L'officier public enregistre l'acte, l'expédition ou la copie dans un format électronique reconnu et, en l'accompagnant d'une attestation de sa légitimation à instrumenter des actes authentiques ainsi que d'un timbre horodateur reconnu, le signe au moyen d'une signature électronique qualifiée au sens de la SCSE et de la présente ordonnance“* (ANV).

La question des formats reconnus pour lesquels le Département sera compétent selon l'*alinéa 2* du projet, est, selon les cas, soumise à des usages cantonaux différents, raison pour laquelle il convient de leur laisser la possibilité de les choisir (FSN).

La délivrance de certificats professionnels, conformément à l'article 3, *alinéa 3*, lettre a P-OAAE, est un modèle dépassé sur le plan international, alors que le système du certificat d'homologation, conformément à l'article 3, *alinéa 3*, lettre b, P-OAAE, offre nettement plus de sécurité sur le plan juridique. Pour cette raison, il convient de privilégier la solution du certificat d'homologation (SwissSign), voire de la déclarer obligatoire en tant que solution unique, à tout le moins pour les notaires relevant du notariat indépendant (FSN). En allemand, il est recommandé sur le plan terminologique de remplacer la notion de «Zulassungszertifikats» par celle de «Zulassungsbestätigung» ou de «Zulassungssignatur» (SwissSign).

Pour les officiers publics, les certificats ou les attributs professionnels sont de manière générale inutiles, chers et compliqués (TG).

La liberté de choix donnée aux cantons à l'*alinéa 4* doit être restreinte au profit d'une réglementation uniforme. Il s'agit de diminuer la complexité de la validation des actes, respectivement de clarifier la force probante de la légitimation (SwissSign). La question de principe doit être posée s'agissant de la nécessité de maintenir une compétence cantonale dans ce domaine. Une solution fédérale paraîtrait indispensable, notamment dans la perspective du trafic intercantonal et international (FSA).

4.1.4. Compatibilité internationale (art. 5)

La notion de « sécurité comparable », respectivement la question des critères à prendre en compte (UR, ZG), n'est pas claire, raison pour laquelle il convient de définir cette notion.

Une dérogation à l'ordonnance en faveur des exigences étrangères ne devrait être possible, suivant le modèle de l'article 11, *alinéa 3*, LDIP (RS 291), que si un acte constitué selon le droit suisse ne serait pas reconnu à l'étranger et qu'une prétention juridique digne de protection ne pourrait y être admise (SO).

4.2. Registre suisse des officiers publics habilités à dresser des actes authentiques

4.2.1. Mise à disposition du registre (art. 6)

Les avis des participants à l'audition divergent nettement s'agissant de la mise à disposition du registre. Les partisans d'un registre sont partagés s'agissant de l'organisme prévu.

Il n'est pas clair si cet organisme est géré par une organisation publique ou privée, ni comment est réglée la surveillance (ZG). De même, il est inutile que l'article 6, alinéa 1, P-OAAE parte d'emblée du principe que l'exploitant soit externe à l'administration fédérale centrale (SwissSign).

La délégation d'une tâche de droit public à une organisation n'est pas une variante idéale en particulier pour les propriétaires immobiliers en tant que consommateurs (HEV Schweiz).

Une porte doit être laissée ouverte à la Confédération pour qu'elle puisse exploiter elle-même le registre, raison pour laquelle une disposition de type «peut» (en allemand: «Kann-Vorschrift») serait plus avantageuse (HEV Schweiz) – ou alors elle devrait tenir elle-même le registre (FR). Finalement, le libellé laisse ouverte la question de savoir si un seul ou plusieurs registres sont prévus (SwissSign).

Dans le cas où il s'agirait d'un organisme privé, il est proposé de prévoir une réglementation concernant la responsabilité de l'exploitant du registre, respectivement l'obligation de fournir des sûretés au bénéfice des ayants droit (ZH).

L'introduction d'un nouveau registre des officiers publics compte également des adversaires (BL). Pour certains, il n'est pas nécessaire (TG). En outre, faute de base légale, les cantons ne peuvent être obligés, dans une ordonnance, d'inscrire leurs officiers publics dans un tel registre (SG).

4.2.2. Tenue du registre par les cantons (art. 7)

Toutes les personnes qui ont le droit de dresser des actes authentiques, à savoir également les géomètres, devraient pouvoir être admis à être inscrits dans ce registre (KKVA, FR, GE). Il serait judicieux d'ouvrir le registre à tous les officiers publics – avec éventuellement des délais transitoires –, car on peut imaginer qu'il soit nécessaire de vérifier la légitimation d'un officier public pour les actes authentiques dressés de manière traditionnelle (SwissSign). Enfin, les actes authentiques devraient de plus en plus être utilisés dans le trafic international à l'avenir, ce qui rend incontournable un registre complet contenant tous les officiers publics (FSA).

Il n'est pas clair s'il y aura des exigences minimales juridiques et techniques pour la mise à jour du registre, qui, dans le futur, seront contrôlées par la Confédération (UR).

La notion „immédiatement“ doit être remplacée par une indication de temps exacte, et il convient de régler les conséquences des actes d'une personne qui n'est pas (ou plus) légitimée (ZG).

4.2.3. Inscriptions par des fournisseurs de services de certification (art. 8)

L'information donnée au registre concernant l'absence de validité d'un certificat est indépendante de la validité d'une qualité spécifique professionnelle; pour cette raison, un lien entre l'invalidation du certificat et la qualité spécifique professionnelle n'est opportun qu'à certaines conditions (SwissSign).

4.2.4. Contenu du registre (art. 9)

L'enregistrement de toutes les données personnelles d'un officier public n'est pas nécessaire pour son identification; il ne peut y avoir de doute s'agissant de l'identité d'un officier public étant donné que les cantons sont compétents pour la tenue du registre (TG). Il n'existe aucune raison objective d'inscrire dans un registre public des données telles que la date de

naissance, le lieu de naissance et d'origine ainsi que la nationalité (AR, ZG). L'indication des dates d'échéance de l'autorisation d'exercer la charge, respectivement de la révocation du certificat professionnel, pourrait porter atteinte à la réputation de l'officier public concerné ou à sa capacité de faire affaires (ZG). La publication des certificats dans le registre n'est pas nécessaire car ceux-ci sont contenus dans la signature (SwissSign).

L'article 9, alinéa 1, lettre d, P-OAAE ne devrait prévoir que l'inscription du numéro d'identification des entreprises (IDE), car les numéros cantonaux seront remplacés par ce dernier à partir du 1er janvier 2011 (ZG).

4.2.5. Effets du registre (art. 10)

La forme dans laquelle les pièces justificatives nécessaires doivent être produites n'est pas claire; de même on ignore si celles-ci doivent être produites par le requérant du certificat ou si le fournisseur de services de certification doit les rechercher lui-même dans le registre (SwissSign).

4.3. Certificat professionnel destiné aux officiers publics

4.3.1. Délivrance et contenu du certificat professionnel (art. 11)

La désignation officier public ou *Civil Law Notary* n'inclut pas tous les collaborateurs des offices qui sont habilités à dresser des actes authentiques (TG).

Nous partons du principe que la désignation *Civil Law Notary* sera également valable pour les notariats officiels des communes (ZG).

Il convient de définir plus précisément dans l'ordonnance ce qu'il est nécessaire de vérifier soit, d'une part, que le contenu des documents officiels produits concorde avec les données prévues à l'article 9, alinéa 1, lettre a, P-OAAE et, d'autre part, que la validité du certificat délivré n'aille pas au-delà de la date d'échéance de l'article 9, alinéa 1, lettre f, P-OAAE (swisscom).

Cette disposition ne dit pas clairement si des exigences allant au-delà de ce qui est prévu dans la SCSE sont imposées aux fournisseurs de certificats professionnels. Cette disposition devrait renvoyer à l'ordonnance de l'OFCOM relative aux services de certification dans le domaine de la signature électronique (RS 943.032.1); les détails de l'enregistrement des certificats professionnels sont réglés dans cette dernière (SwissSign).

4.3.2. Annulation des certificats professionnels (art. 12)

Le registre devrait être tenu d'exiger l'annulation. Cela garantit que le registre et le fournisseur de services de certification soient parfaitement synchronisés (SwissSign).

4.3.3. Devoir de diligence des officiers publics (art. 13)

Des prescriptions détaillées relatives à la disponibilité et à la compatibilité des instruments techniques nécessaires sont souhaitées (TI).

Il n'existe aujourd'hui aucune technologie connue qui empêche en toutes circonstances la lecture concomitante par un tiers d'un numéro d'identification personnel (NIP); il n'existe que des technologies qui la rendent plus malaisée (par ex. Reader Class 2) (SwissSign).

4.4. Procédure en matière d'expéditions et de légalisations

Pour désigner un document électronique, le terme d'«expédition» n'est pas approprié; il devrait être remplacé par «copie» (AG).

La légalisation électronique d'un document électronique légalisé électroniquement avant l'entrée en vigueur de l'ordonnance doit également être réglée (BE).

4.4.1. Expédition électronique d'une minute (art. 14)

Les attributs, tels que ruban et empreinte, qui sont une condition de validité de l'acte dans certains cantons, ne se laissent qu'incomplètement représenter sur une copie électronique; il est dès lors peu clair si, dans ces cas, une lacune pourrait résulter de la réglementation prévue (SG).

La manière avec laquelle doivent être traitées les annexes en grands formats et celles qui doivent être transmises à un autre service n'est pas non plus claire (UR).

L'ordonnance doit être formulée de telle façon que les cantons puissent introduire leur propre procédure d'instrumentation électronique des actes authentiques (SG).

Cette disposition doit être adaptée pour les situations où la minute sur papier n'existe pas et ne peut de ce fait être numérisée. Tel est le cas lorsque certains cantons prévoient leur propre acte authentique électronique (ZH, Conférence des autorités suisses du registre du commerce).

4.4.2. Vidimation d'un tirage imprimé d'un document électronique (art. 16)

En règle générale, il ne sera pas possible pour l'officier public de contrôler de manière efficace l'intégrité du document à légaliser; la notion d'intégrité doit être clarifiée (AR).

4.4.3. Légalisation électronique d'une signature manuscrite sur un document sur papier (art. 17)

Il manque une règle pour le cas où une personne n'est pas en mesure de signer le document (par ex. un aveugle).

Si son authenticité ne fait aucun doute, la reconnaissance de la signature doit pouvoir être possible d'une autre manière (par ex. téléphoniquement) (SO, TI). Pour cette raison, la formulation suivante est proposée: *„L'officier public joint au document électronique l'attestation que la signature ou la marque à la main sur le document sur papier a été apposée en sa présence de la propre main du signataire, ou que ce dernier a reconnu la signature ou la marque comme étant la sienne ou que l'authenticité de la signature ne fait aucun doute (SO).*

4.5. Modification du droit en vigueur

4.5.1. Ordonnance du 17 octobre 2007 sur le registre du commerce (ORC)

Sur le fond, des dispositions relatives aux opérations électroniques avec l'office du registre du commerce font défaut dans les modifications prévues de l'ordonnance sur le registre du commerce; un complément en ce sens est nécessaire (AG).

4.5.1.1. Légalisations par l'office du registre du commerce (art. 15a)

Le terme «documents du registre du commerce» ne concorde pas avec la terminologie employée dans l'ordonnance sur le registre du commerce, soit les «réquisitions et les pièces justificatives» (SG); il serait dès lors souhaitable de préciser à un endroit approprié qu'il s'agit d'un terme générique (ZH, Conférence des autorités suisse du registre du commerce).

Le renvoi à l'article 15 P-OAAE qui prévoit l'instrumentation de l'acte authentique par un officier public selon l'article 11 P-OAAE est inutilement restrictif s'agissant du registre du commerce, car tous les collaborateurs de ces offices ne sont pas nécessairement des officiers publics. Pour cette raison, la deuxième phrase devrait être supprimée et il conviendrait de libeller la troisième phrase à peu près de la manière suivante: „Ces copies électroniques doivent être munies d'un certificat qualifié au sens de l'art. 7 SCSE qui renferme une qualité professionnelle vérifiée attestant que le signataire est un collaborateur d'un office du registre du commerce déterminé du canton“ (TG).

A l'article 15a, lettre e, il conviendrait de renvoyer à l'application par analogie de l'article 17 P-OAAE (ZH, Conférence des autorités suisses du registre du commerce).

4.5.1.2. Réquisition (art. 18, al. 4)

Il n'est pas possible de parler de légalisation électronique de signatures au sens propre car les fournisseurs de services de certification ne doivent pas être officiers publics: une clarification est ici nécessaire (AI).

Dans la perspective d'un emploi uniforme de la terminologie, on devrait parler dans cette disposition de „numérisée“ plutôt que de „saisie électroniquement“ (ZH, Conférence des offices suisses du registre du commerce).

Afin de garantir la traçabilité, la réquisition électronique devrait également comporter un timbre horodateur (swisscom).

4.5.1.3. Contenu, forme et langue (art. 20, al. 1^{bis})

On ne voit pas la différence entre un acte authentique électronique et une expédition électronique légalisée d'un acte authentique dans le système actuel qui exige une minute sur papier (ZH, Conférence des autorités suisses du registre du commerce).

4.5.1.4. Actes authentiques et légalisations établis à l'étranger (art. 25, al. 1, et 1^{bis})

Il est recommandé de prévoir une réglementation analogue aux articles 42 à 48 du projet de révision totale de l'ordonnance sur le registre foncier du 20 septembre 2011 précisant ce que les offices du registre du commerce doivent vérifier s'agissant des fournisseurs étrangers de services de certification et de quelle manière ils doivent le faire (ZH, Conférence des offices suisses du registre du commerce), respectivement d'établir une liste des services de certification correspondants (SG).

4.5.1.5. Conservation des réquisitions, des pièces justificatives et de la correspondance (art. 166, al. 6 et 7)

L'obligation de conserver électroniquement les réquisitions, les pièces justificatives et la correspondance produites par voie électronique n'est pas nécessaire: il est également possible

d'établir des tirages sur papier légalisés de ces documents et de les déposer dans les archives sur papier (TG).

La possibilité de détruire les documents papier est approuvée de façon expresse. D'une part, elle constitue un véritable pas en direction d'un archivage entièrement électronique, d'autre part, elle est d'une grande importance pour l'efficacité d'un petit office du registre du commerce (TG).

Il convient de régler, dans les dispositions transitoires, que les offices qui ont déjà saisi électroniquement des documents avant l'entrée en vigueur de l'ordonnance soient habilités à détruire sans légalisation électronique les documents sur papier (TG).

Verzeichnis der Eingaben

Liste des organismes ayant répondu

Elenco die partecipanti

Kantone / Cantons / Cantoni

AG	Aargau / Argovie / Argovia
AI	Appenzell Innerrhoden / Appenzell Rh.- Int. / Appenzello Interno
AR	Appenzell Ausserrhoden / Appenzell Rh.-Ext. / Appenzello Esterno
BE	Bern / Berne / Berna
BL	Basel-Landschaft / Bâle-Campagne / Basilea-Campagna
BS	Basel-Stadt / Bâle-Ville / Basilea-Città
FR	Freiburg / Fribourg / Friburgo
GE	Genf / Genève / Ginevra
GL	Glarus / Glaris / Glarona
GR	Graubünden / Grisons / Grigioni
JU	Jura / Giura
LU	Luzern / Lucerne / Lucerna
NE	Neuenburg / Neuchâtel
NW	Nidwalden / Nidwald / Nidvaldo
OW	Obwalden / Obwald / Obvaldo
SG	St. Gallen / Saint-Gall / San Gallo
SH	Schaffhausen / Schaffhouse / Sciaffusa
SO	Solothurn / Soleure / Soletta
SZ	Schwyz / Svitto
TG	Thurgau / Thurgovie / Turgovia
TI	Tessin / Ticino
UR	Uri
VD	Waadt / Vaud
VS	Wallis / Valais / Vallese
ZG	Zug / Zoug / Zugo
ZH	Zürich / Zurich / Zurigo

Interessierte Organisationen / Organisations intéressées / Organizzazioni interessate

SNV / FSN	Schweizerischer Notarenverband / Fédération Suisse des Notaires / Federazione Svizzera dei Notai
VSGV / SSCRF / SSURF	Verband Schweizerischer Grundbuchverwalter / Société Suisse des Conservateurs du Registre Foncier / Società Svizzera degli Ufficiali del Registro Fondiario Konferenz der Schweizerischen Handelsregisterbehörden / Conférence des autorités suisses du registre du commerce / Conferenza delle autorità svizzere del registro di commercio

Anbieterinnen von Zertifizierungsdiensten / Fournisseurs de services de certification / Prestatori di servizi di certificazione

swisscom	Swisscom (Schweiz) AG, ICT Security Consulting
SwissSign	SwissSign AG
QuoVadis	QuoVadis Trustlink Schweiz AG

Nicht offizielle Vernehmlassungsteilnehmer / Participants à la consultation non officiels / Partecipanti alla consultazione non ufficiali

ANV	Association des notaires vaudois
HEV Schweiz	Hauseigentümerverband Schweiz
KKVA / CSCC	Konferenz der kantonalen Vermessungsämter / Conférence des Services Cantonaux du Cadastre / Conferenza dei servizi cantonali del catasto
FSA / FSA	Schweizerischer Anwaltsverband / Fédération Suisse des Avocats / Federazione Svizzera degli Avvocati